An:

Bundesminister der Finanzen und Stellvertreter des Bundeskanzlers
Herrn Lars Klingbeil MdB

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Frau Katherina Reiche

Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Herrn Thorsten Frei MdB

Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion
Dr. Matthias Miersch MdB

Berlin, den 23.08.2026

Kein Innovationsstopp im Mittelstand – ZIM im Haushalt 2027 verlässlich absichern.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,
sehr geehrte Frau Bundesministerin Reiche,
sehr geehrter Herr Frei,
sehr geehrter Herr Dr. Miersch,

die Bundesregierung hat vor der Sommerpause mit ihrem Programm für Aufschwung und Beschäftigung wichtige und richtige Weichen gestellt. Der Fokus auf Wachstum, Investitionen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist aus unserer Sicht richtig und dringend notwendig. Nach Jahren wirtschaftlicher Stagnation muss dieser Anspruch nun konsequent in konkrete Politik übersetzt werden.

Gerade der Mittelstand braucht dafür verlässliche Rahmenbedingungen. Kleine und mittlere Unternehmen stehen für Innovation, Beschäftigung und Wertschöpfung in den Regionen. Wer ihre Investitions- und Innovationskraft stärken will, muss deshalb nicht nur entlasten, sondern auch dafür sorgen, dass bewährte Instrumente für Forschung, Entwicklung und Technologietransfer verlässlich zur Verfügung stehen.

Der derzeitige Antragsstopp beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) steht dazu in einem deutlichen Widerspruch. Ausgerechnet eines der erfolgreichsten Instrumente zur Förderung mittelständischer Innovationen wird in einer Phase ausgebremst, in der Deutschland mehr Investitionen, mehr Forschung und mehr Wachstum dringend benötigt. Das ist wirtschaftspolitisch das falsche Signal und sollte schnellstmöglich korrigiert werden.

Das ZIM gehört seit Jahren zu den wichtigsten Instrumenten der technologieoffenen Innovationsförderung. Es ermöglicht Forschungs- und Entwicklungsprojekte, bringt Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammen und mobilisiert private Investitionen.

Uns ist bewusst, dass die verfügbaren Mittel für das laufende Jahr weitgehend ausgeschöpft sind und im Bundeshaushalt Prioritäten gesetzt werden müssen. Umso wichtiger ist es, dass knapper werdende Haushaltsmittel der öffentlichen Hand verstärkt darauf abzielen, zusätzliche private Investitionen zu hebeln.

Bei einem stark nachgefragten Innovationsprogramm wie dem ZIM mit einem nachgewiesenen Hebeleffekt von 1,9 mit einem Antragsstopp zu reagieren, ist aus unserer Sicht die falsche Entscheidung.

Für die betroffenen Unternehmen hat diese Entscheidung konkrete Folgen. Innovationsvorhaben werden über Monate vorbereitet, Projektpartner gewonnen und erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen gebunden. Unternehmen, die kurz vor der Antragstellung standen, müssen Projekte nun verschieben oder ganz aufgeben. Damit werden Investitionen verhindert, die Deutschland eigentlich dringend mobilisieren müsste.

Auch die Forschungszulage kann diese Lücke nicht schließen. Sie ist ein wichtiges Instrument, aber kein Ersatz für das ZIM. Insbesondere Forschungskooperationen werden nicht in vergleichbarer Weise unterstützt. Zudem müssen Unternehmen ihre Projekte zunächst vorfinanzieren – für viele kleine und mittlere Unternehmen eine erhebliche Hürde.

Die hohe Nachfrage nach dem ZIM darf nicht zum Problem des Programms erklärt werden. Im Gegenteil: Sie zeigt, dass der Mittelstand investieren und innovieren will. Politik sollte diese Bereitschaft ermöglichen – nicht ausbremsen.

Wir appellieren daher an Bundesregierung und Koalitionsfraktionen, die laufenden Haushaltsberatungen zu nutzen und jetzt gegenzusteuern:

1. Das ZIM schnellstmöglich wieder öffnen
Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Innovationsnetzwerke brauchen eine verbindliche Perspektive, ab wann wieder neue Anträge gestellt werden können. Der Zeitpunkt der Wiederöffnung muss frühzeitig und transparent kommuniziert und anschließend verlässlich eingehalten werden.

2. Die bestehende Förderlücke wirksam abmildern
Für die Dauer des Antragsstopps müssen geeignete Möglichkeiten genutzt werden, um geplante Innovationsvorhaben nicht unnötig zu verzögern oder zu verhindern. Wo andere Innovationsprogramme zur Verfügung stehen, sollten ausreichend Mittel bereitgestellt und pragmatische Lösungen für einen schnellen Projektbeginn ermöglicht werden.

3. Das ZIM im Bundeshaushalt 2027 und darüber hinaus bedarfsgerecht finanzieren
Ein erneuter Antragsstopp darf sich nicht wiederholen. Wenn die Mittel eines erfolgreichen Förderprogramms aufgrund hoher Nachfrage vorzeitig ausgeschöpft sind, muss die politische Antwort eine angemessene Finanzierung sein – nicht die wiederkehrende Unterbrechung der Förderung.

Innovationsförderung darf nicht zum haushaltspolitischen Stop-and-go werden. Forschung und Entwicklung brauchen Verlässlichkeit. Unternehmen müssen darauf vertrauen können, dass zentrale Förderinstrumente nicht kurzfristig ausfallen, nachdem Projekte vorbereitet und Investitionsentscheidungen getroffen wurden.

Die kommenden Wochen bieten die Gelegenheit, diesen Fehler zu korrigieren. Das gilt für die anstehenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag ebenso wie für die Kabinettsklausur der Bundesregierung am

25. und 26. August in Neuhardenberg. **Dort müssen die Weichen dafür gestellt werden, den angekündigten Kurs für mehr Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen.**

Dazu gehört aus unserer Sicht auch eine klare Perspektive für das ZIM. Es wäre schwer vermittelbar, einerseits einen wirtschaftspolitischen Aufbruch auszurufen und andererseits eines der wichtigsten Innovationsprogramme für den Mittelstand über Monate geschlossen zu halten.

Der Mittelstand ist bereit zu investieren und zu innovieren. **Die Bundesregierung sollte diese Bereitschaft nicht ausbremsen, sondern nutzen.** Wir erwarten deshalb, dass von Neuhardenberg ein klares Signal ausgeht: für die schnellstmögliche Wiederöffnung des ZIM und für eine Finanzierung im Bundeshaushalt 2027, die erneute Förderunterbrechungen verhindert.

Wenn von Neuhardenberg ein glaubwürdiges Signal für einen wirtschaftlichen Aufbruch ausgehen soll, muss die Bundesregierung zeigen, dass sie Investitionen und Innovationen nicht nur ankündigt, sondern konkret ermöglicht.

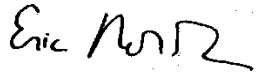
Mit freundlichen Grüßen

Senator a.D. Christoph Ahlhaus
Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung
Erster Bürgermeister a.D.

Thomas Keiser
Geschäftsführer
Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e.V.

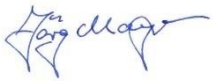
Thiemo Fojkar
Vorsitzender des Vorstands
Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

Dr. Uwe Möhring
Vorstandsvorsitzender
Verband Innovativer Unternehmen e.V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.

Dr. Heiner Flocke
Vorsitzender
Patentverein.de e.V.



Jörg Mayer
Geschäftsführer
SPECTARIS. Deutscher Industrieverband für Optik, Photonik, Analysen- und Medizintechnik e.V.

Kontakt:
Sebastian Krauß
Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bundesgeschäftsleiter Politik Inland
Tel.: 030 533 206 – 200
E-Mail: sebastian.krauss@bvmw.de